



---

---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **78. Sitzung (öffentlich)**

29. April 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst, Simona Roeßgen (Federführung)

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen (AV-SGB XII NRW) 7**

Vorlage 14/2456

Stellungnahmen siehe nachfolgende Tabelle

– Zuziehung von Sachverständigen –

Die Anhörung des Ausschusses zur Verordnung Vorlage 14/2456 ist erfolgt.

Organisation/Verband	Sachverständige/-r	Stellungnahme	Seite
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Verena Göppert (Städtetag NRW)	14/2572	9, 23, 25
Landkreistag Nordrhein-Westfalen			
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen			

Organisation/Verband	Sachverständige/-r	Stellungnahme	Seite
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband NRW e. V.	Wolfgang Schäfer	14/2573	10, 17
Sozialverband Deutschland, Landesverband NRW	Daniel Kreutz	14/2564	10, 18
Landschaftsverband Rheinland	Martina Hoffmann-Badache	14/2571	10, 27
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Matthias Münning		11, 26
Aktion Psychisch Kranke, Vereinigung zur Reform der Versorgung psychisch Kranker e. V.	Ulrich Krüger	14/2586	13
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	Rudolf Boll	14/2582	15
Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW	Dr. Willibert Strunz	14/2584	16
Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Trägervereine Westfalen-Lippe	Volker Schubach	14/2568	19
Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrie Rheinland e. V.	Nils Greve	14/2570	20
Stadt Köln, Dezernat V – Soziales, Integration und Umwelt	Marlis Bredehorst	14/2569 (Neudruck)	22
Stadt Münster, Sozialamt	Michael Willamowski	14/2562	23

**2 Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII) 29**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8861

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8861 einvernehmlich an. Auf eine Debatte im Plenum soll verzichtet werden.

**3 Gesetz zur Änderung von Vorschriften über einen Bergmannsversorgungsschein im Land Nordrhein-Westfalen 30**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7925

Vorlage 14/2371  
Ausschussprotokoll APr 14/850

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den als Nr. 1 bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Aufhebung der Streichung des Einleitungssatzes) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, der sich wie die Nrn. 2 und 7 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD auf die Nrn. 2 und 7 des Gesetzentwurfs bezieht, einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt auch den als Nr. 8 bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Nr. 8 des Gesetzentwurfs bei Verwendung der Worte „Mensch mit schwerer Behinderung“ statt „Schwerbehinderter“ einstimmig an.

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7925 in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

**4 Videoüberwachung in der Psychiatrie 32**

Vorlage 14/2569

- Bericht der Landesregierung
- Stellungnahme der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informations-freiheit Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss will nach einem vom Ministerium angekündigten Bericht zur Videoüberwachung in der Psychiatrie die Diskussion zu diesem Thema erneut aufgreifen.

**5 Konzept zur Verbesserung der stationären und teilstationären Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Nordrhein-Westfalen 35**

Vorlage 14/2580

Das MAGS beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**6 Leiden lindern – Lebensqualität verbessern – Für eine bessere Versorgung von unheilbar kranken und sterbenden Menschen 38**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/7669

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 7669 wird für erledigt erklärt. Über den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen Drucksache 14/9057 wird nach Einbringung im Plenum debattiert.

**7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nicht-  
raucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen 39**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8806

– Beratungsverfahren

Der Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/8707 am Nachmittag des 10. Juni 2009 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen und nach Vorlage der Voten der mitberatenden Ausschüsse am 24. Juni 2009 vor der Plenarsitzung die abschließende Beratung und Abstimmung durchführen.

**8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die  
pauschale Krankenhausförderung (PauschKHFVO) 40**

Vorlage 14/2582

Die vorgeschriebene Beteiligung des Ausschusses ist erfolgt.

**9 AIDS-Politik gestalten – Konzept zur Prävention weiterentwickeln 41**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7064

Ausschussprotokoll APr 14/814

Der Ausschuss diskutiert.

**10 Kein Kind ohne Mahlzeit an den Schulen mit Nachmittagsunterricht 45**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8322

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 14/8322 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

**11 Tägliche Sportstunde flächendeckend an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen einführen 46**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8712

– abschließende Beratung und Abstimmung 46

Vorsitzender Günter Garbrecht will dem Wunsch des Ausschusses folgen und dem Vorsitzenden des Sportausschusses in einem Brief mitteilen, dass der AGS-Ausschuss auf die Abgabe eines Votums verzichtet, jedoch Konsens darüber festgestellt hat, dass tägliche Bewegung an Grundschulen aus gesundheitspolitischer Sicht sinnvoll ist.

**12 Berufsordnung oder Pflegekammer – Regelungsrahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung der professionellen Pflege in NRW entwickeln 48**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8874

Der Ausschuss will das Thema erneut aufgreifen, nachdem das Ministerium einen Überblick über die Lösungen in anderen Bundesländern gegeben und das Für und Wider einer Kammerlösung festgehalten hat.

**13 Verschiedenes 51**

a) „Schweinegrippe“ 51

b) 3. Suchtselbsthilfetag 54

### **3 Gesetz zur Änderung von Vorschriften über einen Bergmannsversorgungsschein im Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7925

Vorlage 14/2371  
Ausschussprotokoll APr 14/850

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Günter Garbrecht** eröffnet die Beratung über die beiden nach Auswertung des Sachverständigengesprächs gestellten Änderungsanträge.

**Norbert Killewald (SPD)** gibt bekannt, seine Fraktion werde sich dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wegen grundsätzlicher inhaltlicher Übereinstimmung anschließen, bestehe jedoch auf Nr. 1 des eigenen Änderungsantrags, demzufolge der Einleitungssatz in Art. 1 des Gesetzes nicht gestrichen werden solle.

**Oskar Burkert (CDU)** begrüßt, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zustimme. Im Zuge der angestrebten Präzisierung und Vereinfachung von Gesetzen könne der Einleitungssatz allerdings nicht beibehalten werden.

**Norbert Killewald (SPD)** entgegnet, dieses Argument reiche für die Streichung des Einleitungssatzes, dessen Erhalt die Sachverständigen logisch begründet hätten, nicht aus. CDU und FDP seien allen anderen Änderungswünschen gefolgt und wollten an dieser Stelle offenbar lediglich ein bestimmtes Zeichen setzen. Die unterschiedlichen Positionen sollten daher durch getrennte Abstimmung verdeutlicht werden.

**Ursula Monheim (CDU)** äußert zu Nr. 8 des Änderungsantrags der SPD-Fraktion die Bitte, das Wort „Schwerbehinderter“ nicht durch „schwerbehinderter Mensch“, sondern durch den mittlerweile üblichen Ausdruck „Mensch mit schwerer Behinderung“ zu ersetzen.

**Norbert Killewald (SPD)** stimmt namens seiner Fraktion zu.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** merkt an, wenn es nach der Normprüfstelle der Landesregierung ginge, würden die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes gestrichen.

Nun folgten die Abstimmung über den Einleitungssatz, die Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU und FDP, dem sich die SPD angeschlossen habe, und die Abstimmung über Nr. 8 des Änderungsantrags der SPD-Fraktion mit der von

Frau Monheim vorgeschlagenen Änderung, die derzeitige Formulierung „Schwerbehinderter“ durch „Mensch mit schwerer Behinderung“ zu ersetzen.

Der Ausschuss lehnt den als Nr. 1 bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Aufhebung der Streichung des Einleitungssatzes) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, der sich wie die Nrn. 2 und 7 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD auf die Nrn. 2 und 7 des Gesetzentwurfs bezieht, einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt auch den als Nr. 8 bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Nr. 8 des Gesetzentwurfs bei Verwendung der Worte „Mensch mit schwerer Behinderung“ statt „Schwerbehinderter“ einstimmig an.

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7925 in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.